

## Die Ernährungsfragen in der Landtagskommission.

In den Sitzungen am 7., 8. und 9. d. M. setzte die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses die Beratung über den Antrag Brütt fort und erledigte die Punkte Gesellschaften (Kriegsgetreidegesellschaft, Zentraleinkaufsgesellschaft, Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, Zentralstelle für Beschaffung der Heeresverpflegung), Organisationsplan für die zukünftige Brotversorgung, Kartoffelversorgung, Wiederaufbau der Landespferdezucht, Erhaltung der übrigen Viehbestände, Beschaffung der Futtermittel, insbesondere der Kleie.

Bei den Gesellschaften und dem Organisationsplan für die zukünftige Brotversorgung wurden Anträge angenommen, bei der Ernährung des Volkes einschließlich des Heeres und der Marine die Kommunalverbände sowie Vereinigungen von solchen als Selbstwirtschaftsverbände zuzulassen, an Stelle der Kriegs-Getreidegesellschaft die Reichs-Getreidestelle treten zu lassen. Der preussische Staat wird dabei als Vermittlungsstelle anerkannt. Die Beschlagnahme für den Staat wird in den Landkreisen durch den Landrat, in den Kreisfreien Städten durch den Bürgermeister durchgeführt.

Ferner sollen die Höchstpreise für Getreide, Mehl, Brot, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Zucker usw. so bemessen werden, daß ungerechtfertigte Gewinne des Handels, der verarbeitenden Gewerbe, der Bedarfs- und Ueberschußkommunalverbände sowie der Produzenten vermieden werden; die mit der Lebensmittelversorgung betrauten Stellen (Selbstversorgungsverbände, Reichs-Getreidestelle, Zentraleinkaufsgesellschaft usw.) keinen Gewinn erzielen. Ueberschüsse, die sich auf Grund notwendiger vorsichtiger kaufmännischer Geschäftsführung ergeben, sind dem Reiche für Zwecke der Kriegsinvalidenfürsorge zuzuführen.

Es wurden über Organisation und Tätigkeit der Zentraleinkaufsgesellschaft, der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte und der Zentralstelle für Beschaffung der Heeresverpflegung Mitteilungen gemacht. Bei der Besprechung der

### Kartoffelversorgung

führte der Minister des Innern folgendes aus:

Die Entwicklung der Kartoffelfrage habe einen überraschenden Verlauf genommen. Darauf seien die Vorwürfe zurückzuführen, daß die Staatsregierung zu ängstliche und ungerechtfertigte Maßnahmen getroffen habe. Am 1. Mai hätten die Kommunen der Reichsstelle für Kartoffelversorgung eine Voranmeldung ihres Kartoffelbedarfs erstattet. Am 20. Mai sei die endgültige Anmeldung erfolgt. Am 1. Mai habe sich aus den Anmeldungen der Zuschuß-Kommunen ein Fehlbetrag von 6,5 Millionen Zentnern ergeben, am 20. Mai sei nur ein Drittel dieses Bedarfs angemeldet worden. Der Reichsstelle sei ein Ueberschuß von 8,75 Millionen Zentnern verblieben gegenüber den Anmeldungen. Hätte die Regierung im März und April die Entwicklung vorausgesehen, so hätte sie wohl von ihren tiefgreifenden Maßnahmen Abstand genommen. Aber nach der Beschlagnahme des Brotgetreides und der Regulierung des Konsums sei die Kartoffel die letzte Reserve gewesen. In den Konferenzen im März seien nicht nur die gelehrten Herren sondern auch praktische Landwirte derselben Meinung gewesen, der die Haushaltskommission des Reichstags Ausdruck gegeben habe, daß durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der Kartoffelversorgung notwendig seien. Dabei seien die vielbesprochenen

### Schweinefleischungen

eingeleitet worden. Deren Ergebnis sei nicht gar so ängstlich einzuschätzen. Der Schweinebestand vom 1. Dezember 1914 von 17,660,000 Schweinen in Preußen sei bis zum 15. März 1915 gesunken auf 12,500,000 Stück. Nach dem 15. März sei die Anweisung an die Landräte ergangen, auf verstärkte Abschlächtungen zu dringen. Es seien dann vom 15. März bis 15. April noch eine Million Schweine geschlachtet worden. Versichert geblieben seien gemäß den Anordnungen

ebenso wie vom Oberlandstallmeister Mitteilungen gemacht. Bei der Frage der

### Erhaltung der übrigen Viehbestände

und der Beschaffung der Futtermittel, insbesondere der Kleie, erklärte der Landwirtschaftsminister folgendes:

Im Gegensatz zu den Schweinebeständen haben sich die heimischen Kinderbestände im allgemeinen auf der früheren Höhe erhalten. Es ist sogar bei der Viehzählung am 1. Dezember

1914 eine Vermehrung gegen das Vorjahr festgestellt worden. Dieses Ergebnis ist mit auf die Wirkung des seinerzeit vielfach angegriffenen Schlachtverbots vom 11. September 1914 zurückzuführen, nach dem das Schlachten von Kälbern unter 75 Kilogramm Lebendgewicht und von weiblichen Kindern unter sieben Jahren bis zum 19. Dezember 1914 untersagt war. Aber die Rindviehzucht muß weiter nach Kräften gefördert werden. Vor allem bedarf es einer Verstärkung der Futtermittel. Alle hierzu geeigneten

alle Zuchtschweine, das Jungvieh, ebenso die nicht mit Kartoffeln aufzuziehenden Schweine und die Einzelschweine in den Haushaltungen. Hier und da sei man in bester Absicht übereifrig gewesen. Die Million seit 15. März geschlachteter Schweine sei übrigens nicht verschwunden sondern zum größten Teil zu Dauerwaren verarbeitet und aufbewahrt worden für künftige knappe Zeit.

Es werden Mittel und Wege gefunden werden, den gegenwärtig vorhandenen Kartoffel-Ueberschuß dem Verbrauch zuzuführen und den Landwirten zu angemessenen Preisen abzunehmen. Darüber macht der Vorsitzende der Reichsstelle für Kartoffelversorgung nähere Angaben.

Bei den Verhandlungen über die Pferdezucht wurde lebhaft Klage geführt über die von der Militärverwaltung neuerdings im freien Ankauf gebotenen, der jetzigen Marktlage keineswegs entsprechenden Preise. Ebenso wurde dem Gedanken entgegengetreten, wiederum zur Aushebung von Pferden überzugehen.

Vom Landwirtschaftsminister wurde möglichst Abhilfe zugesagt und über den Plan zum Wiederaufbau der Pferdezucht nach Friedensschluß

Maßnahmen und Unternehmungen sind seit dem Kriegsausbruch von der landwirtschaftlichen Verwaltung auf jede mögliche Weise gefördert worden. Die Benutzung von Strohmehl in der Viehhaltung hat einen verhältnismäßig großen Umfang angenommen. Es wird hauptsächlich als Beifutter verwendet. Noch günstigere Erfolge sind von der Aufschließung des Strohs auf chemischem Wege für Fütterungszwecke zu erwarten. Das Ergebnis der bisherigen Versuche läßt ihre Verwirklichung erhoffen. Die Versuche des Geheimen Regierungsrats Desbrück sind abgeschlossen. Es wird möglich sein, aus dem Zucker ein Geseerzeugnis herzustellen, das erhebliche Mengen Eiweiß enthält. Von der landwirtschaftlichen Verwaltung wird auch künftig alles geschehen, um die Erfindung für die Landwirtschaft nutzbar zu machen.

Die Kommission war sich darüber einig, daß eine möglichst weitgehende Beschlagnahme aller Futtermittel und eine behördliche Verteilung derselben notwendig sei. Angeregt wurde ferner, es möge durch Reichszuschüsse an die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte dafür gesorgt werden, daß der Landwirtschaft billige Futtermittel zugeführt werden. Nur so könne erreicht werden, daß die landwirtschaftlichen Produkte, besonders Fleisch, zu Preisen der Bevölkerung zugeführt werden könnten, die die Bevölkerung erschwigen könne.

### Der Verkauf städtischer

### Fleischvorräte

im ganzen Reiche fand am 8. d. M. in einer vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen einberufenen Sachverständigenkonferenz eingehende Erörterung. Es beteiligten sich daran Vertreter von Großberliner Gemeinden, des Deutschen Städtetages, des Kriegsausschusses für Volksernährung und des Fleischergewerbes. Die in einigen Städten verschiednen beurteilte Frage, ob die kommunalen Fleischvorräte schon jetzt abzugeben oder noch länger aufzubewahren seien, fand in der Beratung einmütige Beantwortung dahin, daß wie in Berlin auch anderswo jetzt unverzüglich verkauft werden solle. Dadurch könnte sowohl der augenblicklichen ungeheuren Fleischsteuerung entgegengetreten, als auch für die Aufzucht schlachtreifer Tiere bis zum Herbst erfolgreich gewirkt werden.